



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

348 (1.8.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-204716](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-204716)

Vor der Entscheidung Bayerns.

§ München, 1. Aug. Der Ministerrat, dem Ministerpräsident Graf Berchthold seine Vorschläge zur Beantwortung des Schreibens des Reichspräsidenten vorlegen wird, tritt, wie das DVB. erfährt, heute, Dienstag, nachmittags zusammen. Mit dem Ergebnis dieser Beratung werden dann die Koalitionsparteien und die Bayerische Mittelpartei befragt werden. In welcher Richtung sich die Antwort Bayerns bewegen wird, dürfte die parteiamtliche „Bayerische Volkspartei-Korr.“ wohl zutreffend kennzeichnen, wenn sie annimmt, daß Einzelheiten nicht zur Sprache kommen, daß vielmehr grundsätzlich als Basis der kommenden Verhandlungen hervorgehoben wird, die bayerische Zuständigkeit müsse nicht nur wiederhergestellt, sondern auch für die Zukunft gesichert werden.

Wir haben Grund zu der Annahme, daß sich der Ministerrat außerdem auch mit der Frage der Koalitionserweiterung zum mindesten grundsätzlich befassen wird. Zu dem Ergebnis der bereits von uns gemeldeten Vorverhandlungen wird heute auch der bayerische Bauernbund in seiner für heute nachmittags angelegten Fraktionssitzung Stellung nehmen. Auch die Bayerische Mittelpartei dürfte sich schon heute damit befassen, jedoch mit dem Zustandekommen der Koalition: Bayerische Volkspartei, Bauernbund, Deutschnationalistische Mittelpartei und Deutsche Volkspartei wohl in kürzester Zeit gerechnet werden kann. Die Bayerische Volkspartei hat sich ihrer parteiamtlichen Korrespondenz zufolge einseitig für die Erweiterung der Koalition ausgesprochen. Auch der Bauernbund dürfte sich in der gleichen Richtung äußern.

Eine nordbayerische Erklärung.

§ München, 1. Aug. Oberbürgermeister Luppens-Rürnberg, der Führer der nordbayerischen Bürgermeisterversammlung, die kürzlich in München erschien, bezeugt in einer Erklärung, die in politischen Kreisen allgemein Aufsehen erregt, die offizielle Darstellung der Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten als unvollständig. Eine weitgehende Wiedergabe verbietet sich aber mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen zwischen Reich und Bayern. Weiterhin stellt die Erklärung fest, daß die von Südbayern abweichende Einstellung Nordbayerns zum Reich und zum nordbayerischen Wirtschaftsleben und die unbedingte Reichstreue der nordbayerischen Städte entschieden betont wurde. Die Versicherung, daß die Regierung eine Trennung Bayerns vom Reich weit von sich weise, wurde mit großer Befriedigung aufgenommen, aber der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß separatistische Elemente in München die Oberhand gewinnen könnten und daß aus dem Konflikt mit dem Reich gegen den Willen der Regierung durch unverantwortliche Elemente von rechts und links unabsehbares Unheil für Bayern und das Reich erwachsen könnte.

Die Haltung der bayerischen Demokraten.

§ München, 1. August. Die Deutsche demokratische Partei Bayerns nahm zum ersten Male seit ihrem Ausschließen aus der Koalition an einer Wählerversammlung Stellung zur politischen Lage. Ihr Führer, Abg. Dr. Dix, führte u. a. aus, es sei ein erklärtes Ziel der Partei, wenn eine Staatsregierung offen von dem Pfad des Rechts abweiche, wie es die bayerische Regierung getan habe. Wer einmal von dem Grundgedanken der Verfassungsmäßigkeit abweiche, der müsse sich fragen, ob es dann noch ein Halbtier gebe. Der Redner teilte unter großer Erregung der Versammlung mit, daß ihm der Vertreter der bayerischen Volkspartei, der ihm die Beschlüsse seiner Partei übermittelte habe, auf seinem Vortrag, diese bezeugten den Wunsch, erwidert habe: Einmal muß der Wunsch doch kommen! Gegen Bayern gehe das ganze Reich. Zum Schluß betonte der Redner, die demokratische Partei werde alles tun, um einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen. Der Feind stehe weder rechts noch links, sondern jenseits des Meeres. Ihm gegenüber sollte die nationale Einheitsfront gebildet werden.

Der Vorwärts und die Arbeitsgemeinschaft der Mitte.

Der „Vorwärts“ hat sich einen „Deutschen Demokraten“ verschrieben, der in der Nummer vom Samstag abend (Nr. 355) der Arbeitsgemeinschaft der Mitte einen Artikel widmet. Der „Vorwärts“ selbst hat bisher die Arbeitsgemeinschaft der Mitte mit einer etwas gegünstigen Ironie zu behandeln versucht. In den kritischen Tagen vor der Reichstagsvertagung schrieb er von einer „grotesken Farsch“, die die bürgerlichen Parteien zusammengeführt habe. Aus dieses Mittel der Bekämpfung scheint er aber mit Recht selbst sehr wenig

Vertrauen zu setzen, deshalb versucht er es in der genannten Nummer mit einer anderen Methode. Er machte eine Anleihe bei der Demokratischen Partei.

Aber dieser anonyme „Deutsche Demokrat“, der dem „Vorwärts“ die Geschichte besorgt, ist ein recht eigentümlicher Herr. So vertritt er z. B. die Ansicht, die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte werde dazu führen, daß sich nun ein Kampf zwischen der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft entspinne. Wüßte dieser „Demokrat“ in seinem eigenen Vorteillager Bescheid, so würde er sich hüten, eine solche Behauptung aufzustellen. Denn in der Arbeitsgemeinschaft der Mitte denkt niemand daran, die Kampfpole gegen die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft auszugeben. Wie wenig der Kampf und wie sehr die Verständigung im Sinne der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft liegt, hat doch gerade die Überwindung der parlamentarischen Krise bei der Schlußabstimmung sehr deutlich bewiesen.

Allerdings verlangt diese Verständigung auch von sozialdemokratischer Seite Zugeständnisse. Mit anderen Worten: die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft ist ein demütigtes Mittel, um den Anspruch der Sozialdemokratie auf einseitige Vorherrschaft abzuwehren. Von diesem Gesichtspunkte aus mag die Arbeitsgemeinschaft der Mitte der Sozialdemokratie gewiß unangenehm sein. Doch sich aber ein Demokrat bereit findet, der Sozialdemokratie gegen die bürgerlichen Regierungsparteien Hilfeleistung zu leisten, macht die Autorität des Artikels höchst verdächtig. So mutet sehr seltsam an, wenn dieser Demokrat die Ansicht vertritt, die sozialdemokratische Partei werde sich auf ein Partieren mit der Arbeitsgemeinschaft der Mitte nicht einlassen. Eine solche Logik zu vertreten, könnte man ruhig den Sozialdemokraten überlassen.

Und man braucht sie auch dadurch nicht schmalzhafter zu machen, daß man allerlei Häuhergeschichten über die Deutsche Volkspartei erzählt, darunter auch die längst widerlegte Sägenmär, die Deutsche Volkspartei habe sich in Rommern mit dem Verband nationaler Soldaten und „anderen schönen Verbändeorganisationen“ zu einer Einheitsfront zusammengepackt, während in Berlin die Arbeitsgemeinschaft der Mitte gerundet wurde. Im übrigen wäre es mahnenswert, wenn dieser „Deutsche Demokrat“ den Schiller seiner Annonciatur läßt, denn alles, was er schreibt, ist so sehr aus dem Herzen des „Vorwärts“ geschleudert und entspricht so sehr einseitiger sozialdemokratischer Parteilichkeit, daß man wirklich gespannt sein darf, die Bekanntheit eines Demokraten zu machen, der sich zu einer solchen Handlungsweise herabwürdigt.

Grundfähliches zur Lage.

§§. Berlin, 31. Juli. In der „Zeit“ bemerkt der völksparteiliche Abgeordnete Dr. Mittelmann unter der Überschrift „Grundfähliches zur Lage“: Die Weimarer Verfassung muß die Rückkehr für den Wiederaufbau des Vaterlandes bleiben. Sie gilt es vor gewaltigen Anstößen von links wie rechts mit aller Energie zu verteidigen. Die Weimarer Verfassung ist der schließliche Damm, hinter dem der Wiederaufbau des Vaterlandes sich vollzieht, und sie muß von allen wahrhaft staatsbehaltenden Elementen als solcher anerkannt werden.

Wenn sich die Deutsche Volkspartei erneut ausdrücklich zu dieser Verfassung bekannnt hat und die in ihr vorgezeichnete republikanische Staatsform als die einzig mögliche bezeichnet, unter der der Wiederaufbau des Vaterlandes möglich sei, so sprach sie damit eine an sich nur selbstverständliche Tatsache aus und trug dadurch, daß sie das was eine Erklärung wirkende Wort aber in diesem Augenblick aussprach, unendlich viel zur Rettung aus der so höchst verworrenen Lage bei.

Unter diesem Gesichtspunkt will auch die Zustimmung zum Vertrag zum Schutze der Republik genötigt werden. Doch wie durch die Annahme des Gesetzes unser Denken nicht in Fesseln schlagen und unter monotonem Schreien als solches nicht auszuweichen gewillt waren, ist selbstverständlich. Den Parteien, die unsere Mitwirkung bei der Vergebung nicht zulassen können, muß dieses offene Scheitern zwischen Theorie und Praxis lieber sein, als wenn wir uns plötzlich als überzeugte November-Republikaner“ ausgeben wollten. Das waren wir nicht und werden wir nicht sein, aber wir wollen den Weltzustand um eine bessere Staatsform lokal zurückstellen, denn es gibt wohllich Dringlicheres als diesen zurzeit nur Verzerrung stiftenden Streit.

Die Not der Presse.

§ München, 1. Aug. Wie vor längerer Zeit die Münchener Augsburgische Abendzeitung“ mußte auch der „Bayer. Kurier“, eines der führenden Organe der Bayerischen Volkspartei, ab 1. August zur einmütigen Erscheinungsweise übergehen. Der Schritt wird mit der katastrophalen Steigerung des Papierpreises begründet.

Bayern und die Pfalz.

Die Lage der westpfälzischen Beamtenchaft.

Die Bildung der Saarlandgrenze, die Einführung des neuen Grenzverkehrs und die Ueberleitung der Grenzgebiete gegen das Saargebiet durch laustälige Frankeneinwanderer hat nicht nur die wirtschaftliche Lage der Rheinrentner, Pensionisten, der Angehörigen der freien Berufe usw. sondern auch die staatlichen und gemeindlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter in den betroffenen Gebieten auf das empfindlichste erschwert. Aus politischen Gründen und solchen der Volksgemeinschaft kann der Grenzverkehr nicht im wünschenswerten Maße eingeschränkt werden, soll sogar im bevorstehenden Staatsvertrag zwischen Reich und Saarregierung auf die Dauer der Besetzung Verlängerung erfahren, andererseits aber die einschneidende Schädigung der einheimischen Bevölkerung sowohl durch unangenehme Lebensmittelpreize als durch die Hinrentreibung der Preise nicht zu leugnen. Diese Verhältnisse wurden in einer am Sonntag im Städtetheater Zweibrücken abgehaltenen öffentlichen Versammlung des Bayerischen Beamtenbundes vor einer zahlreichen Hörerschaft vom Standpunkt des Beamtenbundes des näheren unter die kritische Lupe genommen. Nach Eröffnung der Tagung durch Postinspektor Kammermann (Zweibrücken) sprach zunächst Reichsrat Dr. Scarius (Zweibrücken) über die Lage der Beamten. Er skizzierte u. a. die schmerzhafte Besetzungslage die bereits vor dem Krieg bestanden hatte und die heute unerträglich geworden ist. Eingehend begründete Versuche zwischen Ein- und Zeit führte der Vortragende zu dem Schluß, daß heutzutage kein Beamter der unteren Gehaltsgruppen über das Existenzminimum verdient, daß das Beamtenum der Proletariat unserer Tage darstelle. Die Gründe zu dieser Abwärtsentwicklung erließen ebenfalls sorgfältige Zeichnung, als Rettung wurde eine grundlegende Uenderung des Lebens und Ausbaus der Besetzungsordnung und eine Revision des Begriffes des Existenzminimums verlangt. Auflebenerregend war der Nachweis des Einflusses, den der kleine Grenzverkehr auf die Teuerung und Preisgestaltung ausübt. Nach amtlichen Feststellungen sind in der Stadt Zweibrücken bereits rund 1200 Familien, in denen Angehörige Franken verdienen, wobei ein Frankener heute den Wert von etwa 50 Papiermark hat. Im Zweibrücker Grenzgebiet gegen das Saarland wohnen etwa 12000 bis 15000 Frankeneinwanderer. Die Ueberwanderung ins Saargebiet hat noch nicht aufgehört. Heute schon sind die Preise in Zweibrücken die höchsten in der Pfalz, noch rechtserhöhten ganz zu schweigen. In den 4 letzten Tagen des kleinen Grenzverkehrs wurden allein durch die beiden Zweibrücker Bahnhöfe am Kaplaneiweg und Bahnhof 210 Zentner Fleischwaren, 110 Zentner Getreide und Käse, 200 Zentner Wehl und Brot, 4700 Eier usw. von Saarländern eingeführt, ohne die illegalen Schmuggeljahre. Während allenthalben in Deutschland die Schlachtungen um rund 50 Prozent zurückgegangen sind, wird hier zur mehr Fleisch geschlachtet als im Frieden. In der Waldmohr-Waldberger Grenzgegend betragen die Viehschlachtungen das Fünffache. Vergleiche zwischen den amtlichen Marktpreisen in Zweibrücken, Speyer, Frankfurt, Kasselstern und Zweibrücken zeigen ebenso wie die der Fleischpreise die Grenzstadt Zweibrücken an der Spitze. Die lehrreichen Ausführungen des Vortragenden endeten nach etwa einstündiger Dauer mit der Forderung einer eigenen Saargebietsgrenze und einem Aufruf zu rücksichtslosem Kampf gegen den Preiswucher. Als zweiter Redner ergriff Redner Reichsrat Scarius den Redner durch einen Ueberblick über die bisherigen Schritte der Beamtenchaft zur Erreichung dieser Saargebietsgrenze, von der ersten gemeinsamen Aktion bis zum heutigen Stand. Auflebende Arbeit wurde bisher in Berlin und München von den Volkvertretern geleistet, jedoch zum nächsten Studium der wirtschaftlichen Grenzverhältnisse in den nächsten Tagen eine Kommission des Reichsausschusses und des Reichstages die Grenzstädte der Pfalz besuchen wird. Die sachlich verlaufene Versammlung erbat noch kurzer Aussprache mit der Annahme einer Entschließung, die die Wünsche der Beamtenchaft nochmals eingehend zusammenfaßt.

Eine pfälzische Anfrage.

§ München, 31. Juli. Abgeordneter Gollwitzer, Deutsche Volkspartei der Pfalz, stellt im Bundtage folgende kurze Anfrage: Die bayerischen Soldatensoldaten, welche vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand getreten sind, wurden von Bayern in Gruppe 2, die nach dem 1. April 1920 in den Ruhestand getretenen wurden vom Reich in Gruppe 6 eingereiht. Die früheren preussisch-berlinischen Soldatensoldaten wurden reiflos — (also auch bis vor dem 1. April 1920 Pensionierten) — in Gruppe 6 eingereiht. Zwischen Bayern und dem Reich finden Verhandlungen statt, um für die bayerischen Soldatensoldaten, die vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand traten, die gleiche Einleitung zu erzielen. Das Reich wird keine Schwierigkeiten machen, ist die Staatsregierung bereit, sich für ein günstiges Ergebnis einzusetzen?

Die blaue Flamme.

Roman von Heinz Welten.

(Nachdruck verboten.)
Copyright 1921 by Verlag von Rich. Bong, Berlin.
(Fortsetzung.)

Beise und behutsam, nach jeder Bewegung einen Augenblick innehaltend, steigt er aus dem großen, breiten Bett und beginnt, sich anzuleiden. Es ist jetzt schon hell genug, so daß er gut sehen kann und nicht befürchten muß, irgendwas anzustoßen. Auch den Hausschlüssel steht er auf der Kommode liegen, wo sie ihn hingeliegt hat. Früh am Morgen, bevor jemand im Hause nach wird, soll er gehen und ihr am Nachmittag den Schlüssel zurückbringen.

Er tritt noch einmal an das Bett, um sie zu betrachten. Sie liegt noch immer auf dem Rücken und schläft den tiefen, traumlosen Schlaf des gesunden Kindes.

Langsam beugen sich seine Knie, und seine Hände fassen sich. „Agnes, du!“

Borsichtig drückt er die Lippen auf die roisiebene Decke und erhebt sich. Beise, Schritt vor Schritt legend, schleicht er zur Tür, sie sehr langsam öffnend, damit sie nicht knarrt. Noch einmal, schon im Türschwengel und mit dem einen Fuß bereits im anderen Zimmer, wendet er den Kopf, um sie noch einmal anzusehen.

Wie sie daliegt! Noch immer auf dem Rücken und die gekrümmten Hände unter dem Haupt. Doch jetzt hat sie das Antlitz ein wenig nach rechts gewandt, nur so weit, daß die rechte Wimper, die Stirn, Nase, Mund und Kinn im Profil ineinander bilden, sich schon abzeichnen. Jetzt ist es ganz hell geworden. Ein Sonnenstrahl drängt sich zwischen den gelben Vorhängen durch und legt als ein heller Fleck auf der roten Decke. Jetzt bewegt sich der Vorhang ein wenig vor dem nur halbgeöffneten Fenster; eine neue Lichtwelle flutet ins Zimmer und bleibt auf ihrem Haar liegen, so daß es im dunklen, blauschwarzen Glanz aufleuchtet. Und jetzt stellt sich der tiefblaue Glanz, in dem sie soeben noch ihr Haar aufleuchtete, dem Sonnenstrahl mit. Jetzt wird auch er blau, stahlblau. Er zerfällt in zwei, drei dünne Strahlen, die das Starre, Gerode, Strahlenartige überfließen und in Wellenlinien übergehen. Zwei, drei kleine Flämmchen züngeln auf und einen sich zu einer stahlblauen Flamme über ihrem Haupt. Johannes sieht das Blut in seinen Adern fließen, sein Mund öffnet sich weit, seine Augen werden leer, seine Hände greifen hilflos ins Dreck und kratzen brüchig er zusammen.

„Wer ist da? Hanshub, bist du es?“

Agnes hat sich aufgerichtet und blickt zur Tür. Johannes hat im Niedersinken einen Stuhl gegriffen, der dumpf polternd auf dem Boden schlägt. Mit Ausbuchtung seiner letzten Kräfte wirft er sich auf

den Rücken und preßt sich gegen die Wand, so daß sie durch die halbgeöffnete Tür ihn nicht sehen kann.

Nur jetzt mit ihr nicht reden müssen! Nur jetzt nicht!

Sein Körper wird vom Fieber geschüttelt. Er preßt die Kinnladen fest aufeinander, damit sie das Klappern der gegeneinander schlagenden Zähne nicht hört.

„Hanshub! Bist du noch da?“

Nur das Ticken der Wurmruhr über dem Kamin gibt ihr Antwort. Sie lauscht ein, zwei Minuten, dann legt sie sich auf die andere Seite und ist sofort wieder eingeschlafen.

Wie ein Schlafwandler tastet er sich aus dem Hause, findet er seinen Weg. Als er wieder zu sich kommt, liegt er in seinem Zimmer auf dem Sofa, und ein trampfartiges Weinen schüttelt ihn. Ein Taschentuch hat er knedelartig in den Mund gepreßt, damit niemand das Weinen hören soll. Bernstein würde sonst zu ihm hereinkommen. Und sein Rissen ist naß von Tränen, als ob man Wasser darüber gegossen hätte.

Agnes, seine Agnes, und die blaue Flamme!

Wieder packt ihn der Weintramp und wirft ihn nieder. Wenn er es hinausfahren könnte, sein ungeheures Weh, das ebenso tief, so grenzenlos ist als vordem seine Seligkeit gewesen ist.

Agnes, seine Agnes, und nur mehr vier Wochen!

Vier Wochen des namenlosen Glüdes und dann? . . .

Aber er darf nicht schreien; niemand darf ihn hören, niemand darf ihm ansehen, wie ihm zumute ist. Denn dann würde man ihm Fragen stellen, auf die es keine Antwort gibt.

Angstvoll iren seine Augen zur Tür. Ist sie auch verschlossen? Wenn Bernstein ihn jetzt finden würde, hier liegend mit die verdrehten Augen! Dann würde Agnes vielleicht davon erfahren.

Er steht auf und schreitet, das Taschentuch noch immer zwischen den Zähnen, zur Tür, verriegelt sie. Reden der Tür steht die Beschlussette. Er schaut in den Spiegel. Ist dieses rote Gesicht mit den verquollenen Augen sein Gesicht?

Er wirft das Taschentuch auf den Boden, nimmt ein anderes aus der Kommode, stellt eine Schüssel mit kaltem Wasser auf den Tisch und beginnt, die Augen zu waschen. Mit aller Willenskraft zwingt er sich, an anderes zu denken. Vor einer Viertelstunde hat er die Turmuhr schlagen hören und hat mechanisch die Schläge mitgeschlagen. Ist Uhr. Um eins, spätestens um zwei Uhr, muß er bei ihr sein.

In zwei Stunden muß er sich so vollkommen in der Gewalt haben, daß niemand ihm das mindeste anmerkt. Er drückt die Hände fest an die Schenkel, als ob er mit Gewalt andere Gedanken sich in das Hirn pressen könnte.

Da ist ein dunkler Lehrsatz, den sie als Prekmaner einmal beim alten Stuhl auswendig lernen mußten, um an ihm die Säge der

Logik zu erkennen: Alle Menschen müssen sterben. Auch Cajus ist ein Mensch. Also muß auch Cajus sterben.

Der Satz ist ihm eingeschossen und geht ihm nicht wieder aus dem Kopf. Er sitzt am Tisch und führt das gefühlte Taschentuch an die Augen und wiederholt unaufhörlich: Alle Menschen müssen sterben. Auch Agnes ist ein Mensch. Also muß auch Agnes sterben.

Wie sein Körper sich am Morgen an den Säulchen und am Tisch aufgerichtet und festgehalten hat, bis er wieder stehen konnte, so richtet sich sein Geist jetzt an dem Satz auf, bis er wieder aufrecht steht.

Alle Menschen müssen sterben. Auch Agnes ist ein Mensch. Also muß auch Agnes sterben.

Als die Uhr halb zwei zeigt, ist er so weit. Eine dumpfe, bleischwere Müdigkeit, die sich lähmend über seine Glieder legt, trägt das ihrige dazu bei, dem furchtbaren Todesgedanken einiges von seiner Kraft zu nehmen. Eine zweite Ueberlegung kommt hinzu, ihm das Schwere tragen zu helfen. Vier Wochen zuvor zeigt die blaue Flamme den Tod an. Vier Wochen sind eine kurze Spanne Frist für einen Menschen, der noch leben will. Aber für einen Lebenden gilt eine andere Rechnung. Ihm sind vier Wochen gleich achtundzwanzig Tagen und jeder Tag gleich vierundzwanzig Stunden, und jede Stunde ist ihm angefüllt mit tausend Seligkeiten. Nicht eine einzige von diesen wird er missen. Nicht für eine Minute wird er sich von seiner Agnes trennen in diesen achtundzwanzig Tagen.

Ob er sie bitten soll, zu ihm zu gehen, so daß sie immer bei einander sein können? Das ist ausgeschlossen, und ebenso ausgeschlossen ist, daß er in ihre Villa übersiedelt. Eine Vermählung kommt auch nicht in Frage. Was das Ausgehende betrifft, wären die vier Wochen vorbei. Auch ist er noch unmündig, müßte die Einwilligung seiner Eltern haben, und die Anfrage kann er sich sparen.

Aber eine andere Lösung ist möglich. Wie, wenn er mit ihr verreisen würde? Dann würde er immer mit ihr zusammen sein. Immer? . . . Achtundzwanzig Tage.

Der Großvater hat ihm bei einer Bank ein Konto einrichten lassen. Es ist gut, daß er noch wenig davon abgehoben hat. Das Geld wird reichen. Und wenn nicht, dann genügt eine vertrauliche Bitte an den Großvater, der ihn nicht verraten wird. Er öffnet das Schreckschloß, in dem das Bankbuch liegt. Beim Suchen fällt ihm eine Karte in die Hände, ein Gruß von Harriet.

Wenn er nach Skandinavien fahren würde? Der Frühling hat bereits machvoll eingesetzt. An der Worzhurg blüht schon der Flieder. Es ist wohl noch zu früh für eine Nordlandreise. Aber schon muß es auch jetzt dort oben sein. Kopenhagen, Malmö, Stockholm oder Christiania, Bergen und die norwegischen Fjorde?

(Fortsetzung folgt.)

G e s e t z u n d R e c h t

Soll ein Verein sich eintragen lassen?

Die Frage, ob ein Verein besser daran tut, sich eintragen zu lassen oder nicht, läßt sich allgemein nicht beantworten. Zweckmäßig erscheint die Eintragung meist dann, wenn der Verein am Rechtsverkehr im größeren Umfang teilnehmen will, also namentlich, wenn er Vermögen besitzt oder zu erwerben beabsichtigt. Der Verein, der eingetragen ist, gilt als besonderes Rechtssubjekt, er kann im eigenen Namen Rechte erwerben. Er kann selbst als Eigentümer eines Grundstücks oder als Hypothekengläubiger eingetragen werden, ein Sparkastenbuch haben usw. Ist dagegen der Verein nicht eingetragen, so müßte beispielsweise das Grundstück, das ihm wirtschaftlich gehören soll, auf den Namen einer oder mehrerer Personen, z. B. auf den Namen der Vorstandsmitglieder eingetragen werden. Bankkonten und Sparkastenscheine könnten nicht auf den Namen des Vereins angelegt werden. Überdies werden sich meist Personen finden, die ihren Namen zu solchen Rechtsgeschäften hergeben. Aber es besteht dann die Gefahr, daß sie Mißbrauch hiermit treiben und den Verein schädigen. Es wäre auch möglich, daß ein Gläubiger solcher Personen das Konto pfänden läßt. Weiterungen könnten sich namentlich auch ergeben, wenn jemand von ihnen stirbt. Die Erben könnten glauben, daß die Rechte, welche der Erblasser für den Verein ausübte, Rechte des Erblassers waren und sich auf sie berufen hätten. Der Verein müßte sich den wahren Sachverhalt nachweisen und das wird meist nicht ohne Schwierigkeiten möglich sein. Der nichteingetragene Verein kann ferner nicht testamentarisch bedacht werden. Hier bietet sich freilich der Ruseweg, daß die Zuwendung einer geeigneten Person gemacht und dieser die Verpflichtung auferlegt wird, das Zugewandte oder einen Teil davon dem Verein zu überlassen.

Wie der eingetragene Verein selbständig Rechte erwerben, so kann er umgekehrt auch für sich Verbindlichkeiten eingehen. Durch sie wird nur der Verein verpflichtet, nur er übernimmt das Risiko. Wenn hingegen jemand für einen nicht rechtsfähigen Verein einen Dritten gegenüber ein Rechtsgeschäft vornimmt, so haftet der Handelnde persönlich. Bestellt beispielsweise der Kassierer für einen nicht eingetragenen Verein zu einer Feilscherei oder zu einer Versammlung einen Saal, so muß er für die zu zahlende Saalmiete dem Inhaber des Lokals gegenüber einstehen.

Was die Schulden betrifft, so haftet bei einem rechtsfähigen Verein nur dessen Vermögen selbst. Die Mitglieder müssen zwar die ihnen obliegenden Beiträge leisten, sie können aber von den Gläubigern des Vereins nicht herangezogen werden, ihnen dessen Schulden zu bezahlen. Anders bei einem nichtrechtsfähigen Verein. Auf ihn finden die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Gesellschaft Anwendung. Daraus folgt, daß seine Mitglieder für die Vereinsschulden mit ihrem ganzen Vermögen selbst haften. Die Haftung ist also nicht ohne Weiteres auf das Vereinsvermögen beschränkt. Allerdings läßt sich eine solche Einschränkung durch die Satzung auch ohne Eintragung in das Vereinsregister herbeiführen. Die Satzung kann nämlich bestimmen, daß die Mitglieder lediglich verpflichtet sind, Beiträge zu leisten und daß sie persönlich durch den Vorstand oder sonstige Vertreter des Vereins nicht verpflichtet werden. Das Risiko der Vereinsmitglieder kann also auch ohne Eintragung beschränkt werden.

Die Rechtsfähigkeit des eingetragenen Vereins tritt besonders im Prozeß zutage. Er kann nämlich selbständig klagen und verklagt werden, denn er ist eine besondere Rechtsperson. Der nichtrechtsfähige Verein kann zwar auch als solcher verklagt werden. Seine Gläubiger sind also der Klage entbunden, jedes einzelne Mitglied zu verklagen. Im Prozeß hat auch der nichtrechtsfähige Verein die Stellung eines Rechtssubjekts. Will er aber durch Klagen seine Rechte geltend machen, kann nicht anders übrig, als daß die sämtlichen Mitglieder gemeinsam klagen. Klagsrücktritt werden sie in einem solchen Falle einmütig erklären. Klagsrücktritt besteht. Über trotzdem bleibt dies ein unzulässiges Verfahren. Vor allem ist zu bedenken, daß jeder Kläger für die Prozesskosten haftet.

Die geschiedenen rechtlichen Vorteile sind es in der Hauptsache, welche die Eintragung vorteilhaft erscheinen lassen. Vereine mit Vermögen, Grundbesitz oder größeren Geschäftsbetrieb, werden die Eintragung nur schwerlich umgehen können. Kleinere Vereine, die sich in der Hauptsache auf gegenseitige Zusammenkünfte beschränken, können sich die Eintragung und die damit verbundenen Kosten ersparen. Für ihre Schenkung dürfte sich aber die Eintragung empfehlen, daß die Mitglieder nicht für die Schulden des Vereins, sondern nur für Zahlung der Mitgliedsbeiträge haften.

Die Bewertungsgrundsätze des Vermögenssteuergesetzes.

Der Regierungsentwurf zum Vermögenssteuergesetz enthielt im zweiten Abschnitt die Bestimmungen über die Wertermittlung. Danach sollte bei der Bewertung des gesamten Betriebsvermögens (auch der Anlagegegenstände) der gemeine Wert zugrunde gelegt werden. Es wäre also nicht zulässig gewesen, als Wert für die dauernd dem Betriebe gewidmeten Gegenstände den Anschlags- oder Herstellungspreis, bei dem es sich ja oft noch um Goldmarkbeträge handelt, abzüglich der angemessenen Abnutzungen einzusetzen.

Dieser Abschnitt des Regierungsentwurfs über die Wertermittlung ist in den Ausschlußberatungen vollständig umgeändert worden. Über auch dort ist es zweifellos nicht gelungen, eine wirklich klare Formulierung dafür zu finden, nach welchen Grundsätzen die Bewertung des Betriebsvermögens zu erfolgen hat. Die entsprechenden Vorschriften sind in folgender als § 16 aufgenommener Bestimmung enthalten:

Bei der Bewertung des Vermögens gelten die Vorschriften der Reichsabgabenordnung über die Wertermittlung mit nachfolgenden ergänzenden Bestimmungen. Die Vermögensgegenstände sind jeweils unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage zu bewerten. Für die Zeit der Erhebung des Aufschlags nach § 152 Abs. 3 der Reichsabgabenordnung mit der Maßgabe, daß bei Ermittlung des nachfolgenden Ertrages insbesondere der Ertrag der drei letzten Jahre zu berücksichtigen ist. Für die dauernd dem Betriebe gewidmeten Gegenstände hat eine Bewertung nach § 139 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung abweichende Bewertung stattzufinden, wenn und soweit infolge der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse ein höherer dauernder Wert anzunehmen ist. Die Feststellung der Wertermittlung von einzelnen Betriebsgegenständen hat unter Berücksichtigung der Entwicklung des Betriebes und der Annahme der Weiterentwicklung des Betriebes zu erfolgen. Als dauernd dem Betriebe gewidmeten Gegenstände gelten auch dauernde Beteiligungen an anderen Betriebsunternehmungen. Die Wertermittlung der Wertgegenstände gemäß § 141 der Reichsabgabenordnung hat derart zu erfolgen, daß die durchschnittlichen Kurse und Werte der drei letzten Jahre unter Berücksichtigung des Ertrages und der Bezugswerte der Wertermittlung nach näherer Ermessung des Reichsausschusses der Finanzen unter Anhörung von Sachverständigen zu ermitteln sind.

In der Begründung des Begriffs „dauernder höherer Wert“ wurde auf einen Antragsteller folgendes ausgeführt: „Die Reichsabgabenordnung gestattet, welche den gemeinen Wert zu bemessen ist, der aber nicht identisch mit dem Veräußerungspreis ist.“ Der § 139 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung schreibt jedoch für die dauernd dem Betriebe gewidmeten Gegenstände vor, daß der Anschlags- oder Herstellungspreis abzüglich angemessener Abnutzung maßgebend“ sei. Es werde anerkannt, daß diese Vorschrift unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen für die vor der Geldentwertung erteilten Anlagen billigerweise nicht uneingeschränkt aufrecht erhalten werden könne, daß vielmehr die Möglichkeit gegeben werden müsse, diese Anlagen höher zu bewerten, falls infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse ein dauernder höherer Wert anzunehmen sei. Dadurch solle aber nicht etwa eine Heraushebung auf den Veräußerungspreis stattfinden. Selbstverständlich sei es auch, daß bei den Gegenständen des Betriebsvermögens, welche zur Zeit der Geldentwertung, also zu Papiermarktpreisen, angeschafft oder erteilt worden seien, auch nicht der Anschlags- oder Herstellungspreis zugrunde gelegt werden könne, ein Standpunkt, dem ja auch von dem Regierungsvorstand hier im Ausschuss beigestimmt worden sei.“

Der § 16 des Vermögenssteuergesetzes und die bei seiner Beratung gepflogenen Verhandlungen ergeben somit, daß für die Bewertung des Betriebsvermögens grundsätzlich die Bestimmungen der Reichsabgabenordnung maßgebend sind. Diese erfahren nur insoweit eine Änderung, als für die nach § 139 Abs. 2 R.-A.-O. zu bewertenden Anlagegegenstände gegebenenfalls „infolge der Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse ein höherer dauernder Wert“ anzunehmen ist. Auch zu diesem Begriff im Ausschuss gemachten Ausführungen geben keine klare Anleitung für die praktische Handhabung. Besondere Schwierigkeiten wird die Tatsache bereiten, daß es sich bei diesen höher als mit dem Buchwert anzusehenden Anlagegegenständen um solche handelt, die infolge langjähriger Benutzung in der Hauptsache durch den Gebrauch bereits abgenutzt sind und deshalb mit prozentualen Ab- und Zuschlägen nicht erfüllt werden können. Zuverlässige Sachverständige stehen oder den Finanzämtern nicht zur Verfügung. In der Praxis wird deshalb die gewählte Bewertungsweise diesmal leider darauf hinauslaufen, daß die Steuerpflichtigen dem Ermessen der Finanzbehörden ausgeliefert sind und sich mit ihnen mittels eines Kompromisses einigen müssen, wenn sie nicht langwierige Steuerprozesse durchkämpfen wollen.

Der Antrag, die Erneuerungsrücklagen gemäß § 99a R.F.St.G. bei der Feststellung des Vermögens nicht einzurechnen, wurde schließlich doch abgelehnt. Den Ausführungen, daß die Erneuerungsrücklagen keinen dauernden Bestandteil des Vermögens bilden, weil sie ausgebraucht werden, sobald Neuananschaffungen an Maschinen notwendig werden, und daß es deshalb eine notwendige Folge des § 99a sei, diese Rücklagen nicht zum Betriebsvermögen zu rechnen, stellte der Regierungsvorstand gegenüber, daß eine solche Vorschrift für das Vermögenssteuergesetz nicht passe. Von der Vermögenssteuer solle alles Vermögen erfasst werden, es könne kein Unterschied gemacht werden, ob überschüssige Beträge zunächst zurückgelegt oder sogleich in neuen Betriebsanlagen angelegt werden.

Für die Bewertung des Betriebsvermögens bei der bevorstehenden Vermögenssteuer ergeben sich also folgende Grundsätze: 1. Der Vorkauf, für alle Gegenstände des Betriebsvermögens den gemeinen Wert zugrundelegen, ist nicht anzunehmen. 2. Das Betriebsvermögen ist vielmehr grundsätzlich nach den Bestimmungen der Reichsabgabenordnung zu bewerten; lediglich insoweit ist für Anlagegegenstände ein „höherer dauernder Wert“ festzustellen, ist dieser statt dem Buchwert einzusetzen. 3. Eine klare Auslegung des Begriffes „höherer dauernder Wert“ läßt sich weder aus dem Gesetz noch aus den Verhandlungen entnehmen. Die Praxis wird jeden einzelnen Fall gesondert beurteilen und sich vielfach an die bisherige Bemessung des Dauerwerts von Anlagegegenständen anlehnen.

Rechtsfragen des Alltags.

Für den Verlust von zur Post aufgegebenen Gepäckstücken ist der Gastwirt nicht haftbar.

Ein Reisender stieg in einem Hotel ab und ließ sein Reisegepäck dort hinbringen. Er entnahm dann seinem Gepäck fünf Käse, um sie mit der Post an die in Berlin wohnenden Bekannte abzugeben. Zusammen mit einem Angestellten des Hotels, den er zu diesem Zwecke herbeigerufen hatte, machte er die Reisegepäckstücke verpackend und übergab die Pakete dann dem Hausburschen des Hotels mit dem Auftrage, die Pakete zur Post zu bringen und an die Adressierten auszuliefern. Der Hausbursche unterschlug die Pakete. Die Firma des Reisenden erhob Klage gegen den Hotelbesitzer auf Schadensersatz. Das Landgericht Mainz wies die Klage mit folgender interessanten Begründung ab:

Die Reisegepäckstücke haben die Eigenschaften des Reisegepäcks und eingetragener Sachen nicht bis zu ihrem Verluste beibehalten. Nachdem die Kleider von dem eigentlichen Reisegepäck getrennt, besonders verpackt und zur Paketpost abgeschickt waren, haben sie die Eigenschaften von Handtaschen angenommen, die von dem zwischen dem Gast und dem Hotelier bestehenden Beherbergungsverhältnis losgelöst waren. Die Hofung des Beklagten aus § 701 B.G.B. hat damit ausgeblüht. — Auch auf § 278 B.G.B. kann der Kläger seinen Anspruch nicht stützen. Danach haftet der Schuldner einer Leistung für das Verschulden der Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten bedient, im gleichen Umfang wie für eigenes Verschulden. Wenn der Beklagte einen Hausburschen annimmt und ihn seinen Gästen zur Verfügung stellt, auf die sie auf Grund des Gastverhältnisses Anspruch haben, dann bedeutet sich der Beklagte dieses Hausburschen zur Erfüllung seiner ihm den Gästen gegenüber obliegenden Verpflichtungen. Hier aber handelt es sich nicht um solche Dienste. Im Wesen des Gastvertrages liegt es, daß der Wirt den Gast in sein Haus aufnimmt, daß er ihm der getroffenen Vereinbarung gemäß Wohnung und Verpflegung gewährt und ihm die Dienste leistet, die mit dem Einzug, dem Genuß der gewählten Wohnung und Verpflegung und dem Auszuge zur Weiterreise verbunden sind. Wenn aber der Gast während seines Aufenthaltes im Hotel eine geschäftliche Tätigkeit erweist, wenn er Waren an seine Kunden verkauft, und sich zum Verpacken und Verschicken des Hausburschen bedient, dann handelt es sich nicht mehr um Dienste, die der Gastwirt dem Gast zu leisten hat. In solchen Fällen wird als Hotelbediensteter tätig. Aus dem gleichen Grunde entfällt auch die Haftung des Beklagten aus § 881 B.G.B.

Die Pfändbarkeit von Postsendungen.

Im Allgemeinen sind Postsendungen nicht pfändbar. Es hängt dies mit dem Briefgeheimnis zusammen, welches nach ausdrücklicher Bestimmung des Postgesetzes unerschütterlich ist. Würde die Post etwa der Pfändung eines Anspruches auf Auslieferung eines Geldbetrages, eines Paketes oder einer Einschreibsendung im Wege der Zwangsvollstreckung oder des Arrestes statgeben, so würde sie damit dem pfändenden Gläubiger die Möglichkeit geben, von dem Inhalt der ihr anvertrauten Sendung Kenntnis zu nehmen. Damit würde sie aber das Briefgeheimnis verletzen. Der Widerspruch mit dem Briefgeheimnis schließt die Pfändung derartiger Postsendungen aus. Nur bei Postanweisungen, sowie Geldern, die auf Rechnung und Postaufträge eingezogen sind, nimmt die Postverwaltung einen abweichenden Standpunkt ein. Einer solchen Pfändung wird nämlich dann stattgegeben, wenn der pfändende Gläubiger von der Einlieferung der Sendung auf andere Weise als durch die Post Kenntnis erhalten hat und dies aus dem gerichtlichen Pfändungsbefehl deutlich hervorgeht. Die Sendung muß im Beschluß deutlich bezeichnet

sein. Pfänden kann aber nur der Gläubiger des Abenders, nicht des Empfängers. Denn der Forderungsanspruch auf die Auszahlung eines Postanweisungsbetrages behält der Abfender bis zum Augenblick der Auszahlung an den Adressaten. Der Abfender kann nach im letzten Augenblick die Auszahlung telegraphisch verhindern. Der Adressat hat keinen selbständigen Anspruch auf Auszahlung, mithin kann kein Gläubiger auch nicht pfänden. Pfändbar ist nur das Forderungsbuch des Abenders auf die von ihm eingezahlte Postanweisungssumme oder auf die von der Post für ihn eingegangene Rechnung, oder Austragssumme. In das Forderungsbuch des Schuldners ist die Pfändung ohne weiteres zugelassen und dem pfändenden Gläubiger darf Auskunft erteilt werden. Pfändungsbefehle über Postsendungen müssen der örtlich zuständigen Oberpostdirektion als Vertreterin des Reichspostamts zugestellt werden.

Haftet bei Verlust von Garderobekästen der Wirt oder der Garderobepächter?

In einem Weinrestaurant hatte ein Gast seinen Gummimantel in der Garderobe, die verpachtet war, abgegeben, weilerte sich aber, die ihm von der Garderobefrau dargebotene Garderobemantele anzunehmen, weil er nicht schnell genug in das Innere des Lokals gelangen konnte. Als er später nach Hause gehen wollte, fand sich sein Mantel nicht mehr vor und infolgedessen Klage gegen den Wirt und den Garderobepächter auf Schadensersatz an.

Die Vorinstanz wies den Anspruch gegen den Pächter ab, erachte dagegen die Klage gegen den Wirt für begründet. Die Garderobe bilde einen Teil des Betriebes der Wirtschaft und der Gast, der von dieser Einrichtung Gebrauch mache, wolle eben mit dem Wirt kontrahieren. Anderer Ansicht war das Oberlandesgericht, das die Klage gegen den Wirt abwies, dagegen den gegen den Garderobepächter erhobenen Anspruch gutließ. Das Publikum, so heißt es in den Gründen, weiß und rechnet damit, daß die Garderobe von einem selbständigen Pächter betrieben wird, nicht durch eigene Angestellte. Der Vertragswille des Gastes geht also dahin, mit dem abzuschließen, der die Garderobe betreibt, und doch auch bei dem Pächter der Wille besteht, selbst abzuschließen, kann nicht bezweifelt werden. Der beklagte Pächter haftet also aus dem Verwahrungsvertrage auf Rückgabe des Mantels. Die Rückgabe ist unmöglich, der Beklagte ist daher nach § 325 B.G.B. schadenersatzpflichtig, wenn er nicht beweist, daß die Unmöglichkeit der Rückgabe auf einem Umstand beruht, den er nicht zu vertreten hat. In dieser Beziehung hat der Beklagte nichts vorgetragen; er hat nur behauptet, daß den Kläger ein überwiegendes Mitschuldens trifft, weil er die Annahme der Garderobemantele abgelehnt habe. Inwiefern hat der Beklagte nicht dargetan, daß eine Verweigerung die Ursache des Verschwindens des Mantels gewesen ist und nicht etwa ein Diebstahl oder ein anderer Umstand. Der Nachweis eines für den Verlust des Mantels ursächlichen Mitschuldens des Klägers ist daher nicht erbracht. Die Ablehnung der Annahme der Mantele konnte nicht die Bedeutung haben, daß der Gast seine Garderobe nicht in Verwahrung geben wollte, sondern ist, wie sich aus den Darlegungen des Beklagten ergibt, nur so zu erklären, daß er die mit der Aushändigung der Mantele verbundenen Umstände vermeiden wollte.

Begriff des öffentlichen Glücksspiels.

Nach den früheren gesetzlichen Bestimmungen waren abgesehen von den gewerkschaftlichen Glücksspielen, Glücksspiele an öffentlichen Orten verboten. Nach den neuen, durch das Gesetz vom 23. Dez. 1919 geschaffenen Vorschriften ist nicht mehr entscheidend, ob das Glücksspiel an öffentlichen Orten stattfindet oder nicht. Maßgebend ist vielmehr ein anderer Gesichtspunkt, nämlich ob, ob das Glücksspiel selbst ein öffentliches ist. Öffentlich ist aber ein Glücksspiel nur dann, wenn es einem unbestimmten, nicht geschlossenen Personenkreise zugänglich, diesem also die Teilnahme daran möglich ist. Es kommt demnach ausschließlich darauf an, für welchen Personenkreis das Glücksspiel bestimmt ist. Kann nur eine abgegrenzte oder abgrenzbare Personenzahl teilnehmen, so liegt nicht ein öffentliches, sondern ein in einer geschlossenen Gesellschaft bezogen. Verein veranstaltetes Glücksspiel vor, gleichviel wo das Spiel veranstaltet wird, ob in einer Privatwohnung oder an einem öffentlichen Orte. Als öffentlich veranstaltet gilt nach ausdrücklicher Vorschrift des § 284 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs ein solches Glücksspiel nur dann, wenn in der geschlossenen Gesellschaft, dem Verein Glücksspiele gewohnheitsmäßig gespielt werden. Ist andererseits das Glücksspiel einem unbestimmten Personenkreise zugänglich, können derselbe viel und beliebig welche Personen daran teilnehmen. So ist es ein öffentlich veranstaltetes Glücksspiel und zwar auch dann, wenn es an einem nicht öffentlichen Orte stattfindet. — In einem zur Entscheidung gelangten Falle war festgestellt worden, daß nur vier bestimmte Personen sich an einem Glücksspiel beteiligten hatten. Der Gerichtshof hielt die Bestrafung der Angeklagten für unzulässig, da keine Rede davon sein könne, daß beliebig zu den Spielern in keiner näheren Beziehung stehende Personen am Spiel teilnehmen könnten. Sonach sei der Tatbestand des § 284 Abs. 2 St.G.B. nicht gegeben, zumal meistens nur Stat gespielt und nur gelegentlich gemaukelt wurde.

Trifflös getündigt.

Eine grundlegende Entscheidung des Reichsgerichts. Wenn ein triftloses entlassener Angestellter aufgrund des § 84 ff. des Betriebsarbeitsgesetzes Einspruch gegen die Kündigung erhoben und der Schlichtungsausschuss diese als ungerichtlich erklärt hat, so hat der Arbeitgeber die Wahl, den Entlassenen weiter zu beschäftigen oder ihm eine angemessene Entschädigung zu zahlen. Wählt er, was die Regel sein dürfte, das letztere, so sind alle weiteren zivilrechtlichen Ansprüche des Angestellten damit abgefallen, er kann also außer der Abfindungssumme und dem Gehalt bis Ende des laufenden Jahres nicht etwa noch ein weiteres Vierteljahr Gehalt beanspruchen. So hat das Reichsgericht in grundsätzlichen Ausführungen in seinem Urteil vom 24. Juni 1922 (R. 3. III. 666/21) entschieden und zwar mit folgender Begründung:

Den dem Entlassenen nachteiligen Folgen der unrechtmäßigen triftlosen Kündigung ist dadurch begegnet, daß er seine Gehaltsansprüche bis zum Ablauf der rechtmäßigen Kündigungsfrist fortbezahlt erhält. Damit hat er zugleich die Mittel und die Zeit erhalten, deren er bedarf, um sich nach einer neuen Arbeitsstelle umzusehen. Daß das Betriebsarbeitsgesetz mit der Entscheidung des § 87 hätte dem Arbeitgeber eine Art Privatstrafe oder Buße dafür auferlegen wollen, daß er eine unrechtmäßige Kündigung überhaupt ausgesprochen hat, dafür lassen sich aus dem Gesetz keine genügenden Anhaltspunkte entnehmen. Die gegenteilige Meinung würde dem Arbeitnehmer einen Vorteil bringen, auf den er weder vom Rechts- noch vom Billigkeitsstandpunkt aus eine begründete Erwartung hat. Wenn der Arbeitnehmer erst den arbeitsrechtlichen Einspruch gewährt und mit Erfolg durchgeführt hat, so könnte ihm noch den allgemeinen Rechtsgrundsätzen unbenommen, selbst dann noch nachträglich das Gericht anzufragen, und dort seine weitergehenden Ansprüche mit den Schlussworten des § 87 Abs. 2, daß die Entscheidung im Schlichtungsverfahren unter den Beteiligten „Richt schaffe“, eben diese Folgehergang hat abzuwenden wollen, daß es bestimmen wollte, der Arbeitnehmer, der die Entscheidung im Schlichtungsverfahren herbeigeführt hat, müsse sich damit nun auch wegen seiner etwaigen zivilrechtlichen Ansprüche für abgefunden erachten. Daß der Arbeitgeber sich von der Weiterbeschäftigungspflicht durch Zahlung der Entschädigung befreien kann, ist eben der vom Betriebsarbeitsgesetz neu eingeführte arbeitsrechtliche, den Richter blindende Gesichtspunkt.

In dem zur Entscheidung stehenden Falle handelt es sich um die Gehaltsansprüche eines gegen fides Gehalt und Provision angestellten Agenten, der einem Zeitungsunternehmen „Die Freiheit“ Anzeigenaufträge zuführte und das gleiche gelegentlich für ein anderes Unternehmen derselben Branche den „Vorwärts“ tat.

